



Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

Professor Löwenthal in Bochum

Am Freitag, dem 20. 11. konnte man ab 20.00 Uhr in der Volkshochschule erleben, wie ein Professor — seines Zeichens Marxologe beim Ostforschungsinstitut in West-Berlin — mit Kategorien wie „Oligarchie“, „Neo-Zarismus“ u. a. versuchte, die neue Phase in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft zu charakterisieren. Während Stalin noch die Transformation der Gesellschaft „dynamisch“ zum Kommunismus hin angestrebt habe, sei dieses Ziel nun völlig in den Hintergrund getreten.

Heute wolle man lediglich die Arbeitsproduktivität und den Lebensstandard der Bevölkerung heben und es dabei des weiteren auch belassen. Im übrigen sei schon längst vom „Terror“ der „Stalin-Ara“ Abstand gewonnen worden und allmählich begönne nun eine Phase, in der der Unterbau sich im Rahmen der wissenschaftlich-

technischen Revolution und der Überbau in Richtung Liberalismus drücken werde.

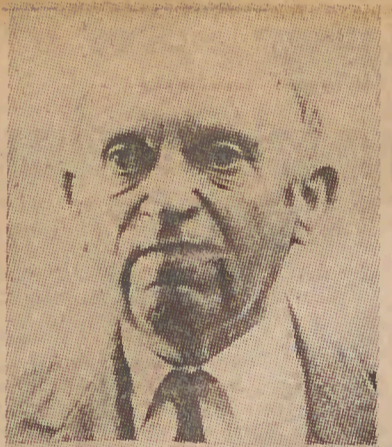
Vor allem auf die Intelligenz, komme es in diesem Prozeß an, die traditionellerweise aufgrund ihrer unzureichenden materiellen Lage und mangelnden Informationsmöglichkeiten unzufrieden sei. Als dann formulierte er das Ziel der neuen Ostpolitik seit 1966: nicht mehr „Wandel durch militärische Stärke und Untätigkeit“ sei erstrebenswert wie ehemals, sondern „Wandel durch Annäherung“. Dabei führte er unter anderem das Beispiel der CSSR an, in der sich ein solcher Wandel ohne Preisgabe sozialistischer Prinzipien zu vollziehen begonnen habe, der dann allerdings durch die Sowjets abgebrochen worden sei.

Eigentlich müßte zu jeder dieser Thesen Löwenthals ausführlich Stellung genommen werden, ein Unterfangen, das im Rahmen dieses Artikels nicht möglich ist. Hier sei also nur dreierlei behandelt:

1. Insoweit Löwenthal verschwiege, daß gerade die Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Lebensstandards erklärte Ziele der Sozialisten beim Aufbau des Sozialismus-Kommunismus sind, mußte er dafür den Nachweis schuldig bleiben, daß man in der Sowjetunion die „Transformation“ der Gesellschaft abgegeben habe.

Marx selbst formulierte diese Notwendigkeit der Steigerung der ökonomischen Potenzen im Sozialismus wie folgt: „nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen die Produktionskräfte gewachsen und aller Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums

Fortsetzung auf Seite 2



SPD-Programmierer Löwenthal
Die SPD braucht keine Enteignungen

Käthe Strobel bläst zum Angriff

Die studentische Politik der Gegenwart verliert immer mehr ihren offensiven Charakter; es geht primär nicht mehr um die Verbesserung und Stärkung der eigenen Position, es geht heute, so konservativ das auch klingen mag, um die Verteidigung des Bestehenden. Der Staat ist zum Angriff auf die Hochschule angetreten. Neben das Hochschulrahmengesetz tritt voraussichtlich ab 1. 10. 71 das 2. Ausbildungsförderungsgesetz (AFG). Dieses Gesetz kann nicht isoliert betrachtet und beurteilt werden, sondern muß als eine die Formierungsbestrebungen des Staates flankierende Maßnahme auf sozialem Gebiet betrachtet werden.

Es soll bereits existierende Einflüsse der Hochschule bei der Ausbildungsförderung der Studenten verwässern und somit der Ministerialbürokratie die Möglichkeit der Kanalisierung der Studenten eröffnen, d. h. direkt zu entscheiden, wer, wie lange, was und wo gefördert studieren „darf“.

Uralte studentische Forderungen nach familienunabhängiger, kostendeckender und darlehensfreier Ausbildungsförderung werden zwar als gerechtfertigt anerkannt, finden jedoch im Gesetzestext des Referententwurfs so gut wie keinen Ausdruck.

Familienabhängigkeit

Es wäre reaktionär, eine familienunabhängige Ausbildungsförderung zu fordern, ohne zu sagen: 1. wann diese einzusetzen hätte und 2. wie diese zu finanzieren wäre. Familienunabhängigkeit darf nicht erst an der Universität gefördert werden, denn hier hat die klassenspezifische Selektion der in der Ausbildung sich Befindenden bereits stattgefunden (Anteil der Arbeiterkinder an unseren Universitäten im WS 67/68: 7,5 Prozent männlich, 4,1 Prozent weiblich). Familienunabhängige Ausbildungsförderung muß also dort einsetzen, wo die Weichen der Ausbildung gestellt werden: in der Kindertagesstätte und Vorschule, also von Anfang an! Nur so läßt sich die Voraussetzung für eine Veränderung der klassen-

spezifischen Zusammensetzung der Auszubildenden in den Bildungseinrichtungen schaffen.

Bei der Frage der Finanzierung muß davon ausgegangen werden, daß alle bisherigen familienpolitischen Finanzierungsmaßnahmen nicht das Ziel der Veränderung des materiellen Gefälles in der BRD anstreben, der Gesetzgeber hatte vielmehr genau entgegengesetzte Absichten: Die Stabilisierung des bestehenden Gesellschaftssystems durch die Festigung der Familie, jener „wichtigen Ordnungszelle des Staates und natürlichen Urzelle und Kraftquelle der staatlichen Ordnung“ (Wuermeling). Diese Stabilisierung kann nur erreicht werden, wenn verhindert wird, daß sich die materielle Situation der Familie durch die Anzahl der Kinder entscheidend verändert. Bei Vergabe von Kindergeld, Steuerfreibeträgen etc. orientiert man sich nicht primär an der sozialen Bedürftigkeit der Familie; der Staat will r vermeiden, daß besonders mittlere und höhere Einkommen in Folge von Kinderreichtum verarmen und ihre soziale Position in Gefahr gerät.

Unteren Einkommensschichten wird eine Unterstützung nur gewährt, um akuten Verelendungstendenzen vorzubeugen, nicht aber um ihre materielle Situation zu verbessern. „Der Zwang zum Ver-

Fortsetzung auf Seite 2

UP funktionslos - jetzt Staatskommissar

Das NRW-Hochschulgesetz ist noch kein Jahr in Kraft, und schon wird die Ruhr-Universität von einschneidenden Maßnahmen auf der Grundlage dieses Gesetzes betroffen. Das Wissenschaftsministerium ist nicht bereit, die Amtszeit des letzten UP zu verlängern, nachdem durch den Streit um die Wahlordnung die Wahl eines neuen UP nicht möglich ist. Stattdessen hat es dem bisherigen Vorsitzenden des UP, Saß, die Würde eines Staatskommissars angetragen. Saß bat um 24 Stunden Bedenkzeit und sagte dann zu.

Die Bestellung eines Staatskommissars ist bereits die schwerste Eingriffsmöglichkeit, die dem Minister aufgrund seiner Aufsichtsfunktion nach § 49 HSchG zusteht. Sie darf eigentlich erst angewandt werden, wenn andere Maßnahmen vergeblich versucht worden sind oder zwecklos erscheinen.

Der Staatskommissar gilt als Ersatzorgan der Universität. Das bedeutet, alle Entscheidungen, die er trifft, binden die Universität, während man nur geringfügige Möglichkeiten hat, jemanden dafür verantwortlich zu machen.

Konzertierte Reaktion

Die Tatsache, daß der Minister gleich mit dem schwersten Geschütz auffährt, spricht dafür, daß er entschlossen ist, so schnell wie möglich sämtliche Unabhängigkeit der Universität und damit auch sämtliche Freiheiten zu zerschlagen. Es hat daher keinen Sinn, darauf zu hoffen, daß der Minister die Möglichkeiten, die ihm die Einsetzung eines Staatskommissars bietet, nicht nicht voll nutzen wird.

Die Abgrenzung der Aufgaben des Staatskommissars erfolgt durch den Minister. Da die Legislaturpe-

riode des bisherigen UP abgelaufen ist und auch nicht verlängert wird, muß der Staatskommissar zwangsläufig alle Funktionen übernehmen, die auch dem UP zustehen, nämlich Rechtsetzung, Rektorwahl u. ä. Eine gesetzliche Einschränkung dieser Funktionen gibt es nicht.

Grundsätzlich sollen vom Staatskommissar zwar keine Entscheidungen getroffen werden, die auch ohne Schaden aufgeschoben werden können. Aber wer bestimmt denn, welche Entscheidungen dringender sind und welche nicht? Der Rektor und die reaktionären Drahtzieher im Senat werden sicher die einmalige Chance wittern, unpopuläre Entscheidungen schnell über die Bühne zu bekommen; Saß wird dabei freudig helfen (will er nicht befördert werden?). Eine Begründung für die Eilbedürftigkeit wird sich schon finden lassen.

Wichtige Entscheidungen, die in nächster Zeit im UP anstehen, sind:

- Wahl eines neuen Rektors (wenn Grosse-Prozeß entsprechend endet)
- Rahmenordnung für Assistenzprofessoren

— Erlaß einer neuen Wahlordnung (wenn Wahlordnungsprozeß entsprechend endet)

— Abteilungssatzungen.

Marionette des Ministeriums

Was hingegen kann der gute Herr Saß und sein Beratergremium, der ehemalige Hauptausschuß, gegen die Lenkung durch Minister Rau unternehmen? Der Staatskommissar ist vollständig an die Weisungen des Ministers gebunden. Ihm steht nicht einmal im Rahmen seines Ermessens, d. h. im Rahmen von Zweckmäßigkeitserwägungen, ein Recht auf selbständige Entscheidungen zu. Damit sind seine Einflußmöglichkeiten noch weit geringer als die der bisherigen Universitätsgremien, die bereits minimal waren.

Es ist daher nur Schein und in Wahrheit Intrige, wenn Saß sich durch Beschlüsse seines Beratergremiums (Hauptausschuß) als verpflichtet ansieht. Jede positiv zu bewertende Entscheidung dieses Gremiums kann durch Weisung des Ministers aufgehoben werden. Somit braucht sich Saß nicht einmal über diesen Beschluß selbständig hinwegzusetzen, sondern nur auf

den Minister zu verweisen. Dieser Hinweis kann jegliche Handlung rechtfertigen.

Wahrscheinlich könnte er nicht einmal mit seinem Rücktritt drohen. Als Landesbeamter ist er verpflichtet, auf Anordnung seiner obersten Dienstbehörde jede Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst zu übernehmen und fortzuführen, sofern diese Tätigkeit seiner Vorbildung oder Berufsausbildung entspricht.

Durch sein Angebot an das Ministerium, als Staatskommissar zu fungieren, hat sich Saß selbst zu einer Marionette des Ministeriums und der reaktionären Professorenschaft gemacht.

Wenn nicht gleich zu Anfang von studentischer Seite erbitterter Widerstand gegen diese staatliche Reglementierung geleistet wird, wird die Reaktion ihre Chance weiter nutzen. Das Ergebnis dürfte dann Beseitigung sämtlicher Freiheiten und Unterdrückung sämtlicher demokratischer Ansätze sein.

Daher darf man diesen Staatskommissar gar nicht erst zur Arbeit kommen lassen!

Personalratswahlen:

Hoher Sieg der ÖTV!

Bei den letzten Wahlen zum Personalrat der RUB gab es eine vernichtende Niederlage der DAG; die ÖTV gewann 5 Sitze und hat nun 9 Sitze von 13!

Besucht den Staatskommissar!

Öffentliche Sitzung am Mittwoch um 19 Uhr im Hörsaal NA 02/297

Die »Politik« der rechten Kräfte

Als aufmerksamer Beobachter des politischen Geschehens der letzten Wochen in Westdeutschland konnte man eine Zuspitzung der innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen beobachten. Die Reaktion schlug zu: Gründung der Aktion Widerstand in Würzburg, wo man Brandt und Scheel an die Wand stellen wollte, weil diese einen Gewaltverzichtsvertrag unterschrieben hatten. Da wird in Westberlin ein Sowjetsoldat angeschossen, und in Krefeld schießen Rechtsradikale mit Stahlgeschossen auf ein DGB-Haus. CDU/CSU, NLA, NPD versuchen mit nationalistischer Hetze bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern die Bundesregierung aus den Angeln zu heben.

Was ist der Grund für die zunehmende Formierung dieses Rechtskartells? Im Vordergrund der Angriffe auf die „sozialliberale“ Regierung steht deren Ostpolitik, die auf der Anerkennung der Realitäten und auf einer imperialistischen Strategie der exportorientierten Monopole liegt.

Damit dürfte sich die SPD/FDP-Regierung langfristig als besserer Sachverwalter der Monopolinteressen erweisen: man hatte eingesehen, daß der offen militaristische Imperialismus der CDU/CSU-Regierung, verbunden mit Ansprüchen auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete des Sozialismus auf die Dauer nicht zurückdrängen konnte. Bei dieser Politik müßte die SPD/FDP-Regierung jedoch grundsätzliche Zugeständnisse an die sozialistischen Staaten machen, die, wenn sie im Sinne einer konsequenten Friedens- und Entspannungspolitik verstanden würden, einen echten Fortschritt für die westdeutsche Arbeiterklasse darstellen.

Am wenigsten interessiert jedoch an einer solchen „Entspannungspolitik“ wären die westdeutsche Rüstungsindustrien. Ihre Interessen wären gefährdet durch die Einrichtung einer „Europäischen

Sicherheitskonferenz“, die eine beiderseitige Abrüstung zur Folge haben könnte.

Diese Rüstungsindustrie hat ihre politische Vertretung in der CDU/CSU (Wolfgang Pohle, CSU-MdB und Vorsitzender der Friedrich Flick KG, ist Vorsitzender des Arbeitskreises für Rüstungswirtschaft, den E. W. Mommsen, Staatssekretär im Verteidigungsministerium und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Thyssen-Röhrenwerke eingerichtet hat).

Diese Ostpolitik deckt also einerseits die Widersprüche zwischen der kurzfristig orientierten Interessen der Rüstungsmonopole und den langfristigen Interessen der exportorientierten Monopole auf. Andererseits treten Widersprüche auf zwischen den imperialistischen Interessen der Monopole an sich und den Friedens- und Entspannungsinteressen der arbeitenden Bevölkerung.

Deshalb gilt es, die positiven Ansätze der Ostpolitik weiterzuführen im Sinne einer echten Friedenspolitik, die auf die Einrichtung einer „Europäischen Sicherheitskonferenz“ hinzielt. Aber eine solche Politik wird nur gegen den äußersten Widerstand der Reak-

tion durchzuführen sein. Deshalb muß man immer wieder allen Demokraten die Gefährlichkeit dieses Rechtskartells aufzeigen und sie zu einer Gegenbewegung aufrufen.

Aber nicht nur außen- sondern auch innenpolitisch formiert sich eine antidemokratische Bewegung, die darauf abzielt, demokratische Forderungen nach Mitbestimmung abzublocken. Schon in der durch massiven Druck von unten zustandenen Mitwirkung an den Hochschulen sehen die Reaktionäre eine Gefahr für die Freiheit der Wissenschaft. Dabei ist ihre Argumentation in sich schon widersprüchlich: da fordern sie Freiheit der Wissenschaft, unterstützen damit aber im Grunde genau die Leute, die die Wissenschaft für ihre Zwecke ausbeuten, die Monopole. Das heißt, sie fordern die Freiheit, um die Abhängigkeit von den Monopolen zu stabilisieren.

Die Gefahren, die diese Formierung der rechten Kräfte im Sinne der Monopole zur Folge hat, innen- sowohl außenpolitisch, kann nur durch ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Kräfte der Gesellschaft zurückgeschlagen werden. Den Sozialisten kommt dabei die entscheidende Aufgabe zu, diese Bewegung in Gang zu setzen.

Zur Löwenthal-Veranstaltung

ZITATE

Rußland war 1917 für den Sozialismus nicht reif — und für den Kapitalismus am Anfang

Die SU-Ideologie ist das Mittel ihrer Kontrolle in Osteuropa.

Durch die Westpolitik mit der BRD braucht die SU weniger Kraft, um Osteuropa an der Stange zu halten.

Das Ziel der Außenpolitik muß in der harten Welt, in der wir leben, nur die eigene Sicherheit sein.

Zu dem, was ich sage, können Sie keine Zusatzfragen stellen.

RCDS gegen SHB

Der RCDS-Bundesvorsitzende Languth begrüßte in einem Brief an den SPD-Vorstand den Entschluß, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu verurteilen! Gleichzeitig warnte er die SPD vor dem SHB, der durch Schulungsseminare in Leipzig und Ostberlin zu Kommunisten „umfunktioniert“ würde. Außerdem nähere sich der SHB bedenklich dem Spartakus und der DKP. Klar, daß diese Linie dem RCDS nicht paßt, wo dieser doch der „Wissenschaft“ unterstützt. Languth fordert die SPD durch die Blume auf, dem SHB die Gelder zu sperren. Kampf dem Antikommunismus der rechten SPD-Führung!

Schlag auf Schlag

Das Rektorat, ständig bemüht, die feudalen Rechte der Hochschullehrer gegen progressive Ansätze der RUB-Verfassung zu verteidigen, hat wieder einmal zugeschlagen. Opfer ist diesmal die „Rahmenordnung betreffend die Hochschullehrer im Sinne des Art. 8.3 der Verfassung der RUB“, die einem Teil der Assistenten die Möglichkeit gibt, in Hochschullehrer- (nicht Ordinarien-)Positionen aufzurücken.

Die am 17. Juli vom Hauptausschuß des Universitätsparlamentes verabschiedete Rahmenordnung wurde mit Schreiben vom 19. November durch das Rektorat „unverzüglich“ angefochten. Die Begründung der Beanstandung kann kaum verdecken, daß hier juristische Argumente gesucht worden sind, um eine politische Entscheidung zu rechtfertigen.

Wie lange wird es noch dauern, bis dieses hervorragende Rektorat sich seiner reaktionären Hintermänner überhaupt nicht mehr erwehren kann und die gesamte RUB-Verfassung als rechtswidrig beanstandet?



Die Reaktion formiert sich in Würzburg! Gründung der „Aktion Widerstand“!

Resolution gegen die Reaktionäre

Am 18. 11. hat sich in Bonn ein „Bund Freiheit der Wissenschaft“ gegründet, dessen wichtigstes Ziel darin besteht, die „Sicherung der staatlich kontrollierten Selbstbestimmung... der Lehrkörper in allen Fragen der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Qualifizierung“ zu erreichen.

Jegliche Möglichkeit studentischer Einflußnahme auf die wesentlichen Entscheidungen über Inhalt und Organisation von Forschung und Lehre soll ausgeschaltet werden. Im „Bund Freiheit der Wissenschaft“ finden sich daher all jene zusammen, die mit dem Mittel der Verteufelung der linken Studentenbewegung und unter Ausnutzung traditioneller Studentenfeindlichkeit an den Hochschulen wie auch in der Gesamtgesellschaft den Boden bereiten wollen für eine Durchsetzung der reaktionären Hochschulgesetze.

- Im einzelnen sehen diese folgende Formierungsmaßnahmen vor:
- die Beschränkung studentischer Mitbestimmung auf bedeutungslose Mitwirkung bei der Ausführung staatlicher Pläne
- Integration von studentischer Opposition und Auflösung der politischen Interessenvertretung durch die verfaßte Studentenschaft (AStA)
- Verewigung des Numerus Clausus, Aussiebung der Studienbewerber
- Aufteilung der Studenten auf ein Massen- und ein Elitestudium
- Einzwängen der Mehrzahl der Studenten in ein 6-Semester-Kurzstudium mit Stundenplan und Studienüberwachern
- Ausgliederung der Lehramtskandidaten

Gegen diese Bestrebungen müssen wir verstärkt vorgehen und die Sammlung der rechten Kräfte in der Universität zu verhindern suchen.

- Alle Professoren, Assistenten und Studenten, die dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“ beitreten, müssen gezwungen werden, sich der universitären Öffentlichkeit zu stellen.
Wir müssen in den Abteilungen die Durchführung der einzelnen Maßnahmen des HSChRG frühzeitig bekämpfen, konkrete Gegenforderungen eines wissenschaftlichen Studiums erarbeiten und deren Realisierung anstreben.
Gegen die zentralen Formierungsbestrebungen wird der AStA eine Versammlung aller progressiven Mitglieder der Universität zusammen mit Schülern, Eltern und Lehrern organisieren und eine anschließende gemeinsame Demonstration in Bochum vorbereiten.
Die Bochumer Studentenschaft wird sich an der Vorbereitung und Durchführung des überregionalen Gegenkongresses des VDS am 18. Dezember beteiligen.

So wurde Saß Staatskommissar!

Die Reaktionäre im Senat können zufrieden sein. Nachdem das Rektorat die neue Wahlordnung zum Universitätsparlament angefochten hatte und das Verwaltungsgericht Neuwahlen nach der alten Wahlordnung abgelehnt hat, ist bis zur Entscheidung des Gerichts über die neue Wahlordnung die Durchführung von Neuwahlen zum UP nicht möglich. Die gerichtliche Entscheidung kann noch Monate dauern, da Minister Rau nochmals Berufung einlegen will, um die vom UP im Juli beschlossene Wahlordnung zu verhindern.

Herrn Dr. Hans-Martin Saß 463 Bochum-Querenburg Buschestr. d. d. Hand des Rektors Sehr geehrter Herr Dr. Saß, hiermit beauftrage ich Sie mit der Wahrnehmung der Befugnisse des Universitätsparlamentes einschließlich des Vorsitzenden des Universitätsparlamentes der Ruhr-Universität Bochum.

Die Beauftragung beruht auf § 49 Abs. 3 HSChG und endet spätestens mit dem Zusammentreten eines neu zu wählenden Universitätsparlamentes. Die Beauftragung ist notwendig geworden, weil die Amtsperiode des ersten Universitätsparlamentes, die gem. Art. 19 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Art. 61 Abs. 1 HV ein Jahr dauert, abgelaufen ist und aus Rechtsgründen ein neues Universitätsparlament z. Z. nicht gewählt werden kann.

Ich werde die Beauftragung so ausüben, daß auf der von Ihnen gewählten rechtlichen Basis ein Maximum der bisherigen Beratungen und Entscheidungsprozesse weiterlaufen kann, wie sie von der Verfassung der Ruhr-Universität vorgesehen sind.

Dabei werde ich 1. die Zuständigkeiten des Aufgabekatalogs des Universitätsparlamentes nach Art. 20 der Verfassung RUB dadurch ausüben, daß ich den bisherigen Mitgliedern des 3. und 4. Hauptausschusses die zur Entscheidung anstehenden Fragen vorlegen und mich an ordnungsgemäß zustande gekommene Beschlüsse dieser Gremiums binden.

2. die Zuständigkeiten, die mit der Berichts- und Rechenschaftspflicht des Rektorats dem Universitätsparlament gegenüber zusammenhängen, unter anderem dadurch wahrnehmen, daß ich Anfragen an das Rektorat von allen Mitgliedern der Ruhr-Universität übernehme und sie zusammen mit der Antwort veröffentlicht werden.

3. die bisherigen Ausschüsse des Universitätsparlamentes bitten, weiterhin tätig zu sein.

Sollten Sie, sehr geehrter Herr Minister, diesen Absichtserklärungen nicht zustimmen können, so darf ich Sie bitten, dieses Schreiben als Ablehnung der Beauftragung zu werten. Da der Beauftragte seine Aufgaben nur in einem durch Transparenz und Kooperation definierbaren Klima ausüben kann, werde ich Ihren Erlaß und mein heutiges Antwortschreiben morgen innerhalb der Ruhr-Universität öffentlich machen.

Mit verbindlichem Gruß Hans-Martin Saß

Teach-in gegen Formierung

400 Studenten setzten Ziele

Das 1. AStA-Teach-In brachte eine Klärung der Stoßrichtung unserer Arbeit

Das Teach-In am 19. 11. war entgegen skeptischen Voraussagen in zweifacher Hinsicht ein Fortschritt für die Studentenschaft:

- die Zahl von 350-400 Kommilitoninnen und Kommilitonen im Vergleich zu Veranstaltungen des letzten ML-AStA mit 100 oder 50 im Sommersemester zeigt, daß viele Studenten die Schwerpunkte der AStA-Arbeit richtig finden und daß die Demobilisierung im letzten Semester eher auf die Selbstisolierung des SDS/ML durch ideologische Verwirrung und Handwerkerlei zurückzuführen ist;

- die beiden Resolutionen wurden mit wenigen Gegenstimmen angenommen. Diese Beschlüsse, die den Kampf gegen den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und gegen die Formierung durch das Hochschulrahmengesetz für die RUB konkretisieren, können als Anfang einer realistischen Hochschulpolitik der aktiven Studenten mit Koordination durch den AStA gesehen werden.

Das 1. AStA-Teach-In brachte eine Klärung der Stoßrichtung unserer Arbeit

Ungeheuer politisch war auch das Auftreten der ML-Gruppen KSB und KJVD. Letzterer wollte das Teach-In wegen des Fotos in der letzten BSZ gegen den AStA umfunktionieren, was die Versammlung aber nach kurzer Distanzierung seitens des AStA ablehnte. Ansonsten glänzten diese Gruppen durch Enthaltung oder Gegenstimmen bei der Abstimmung.

Insgesamt wurde auf die konkreten Folgerungen der Resolutionen zu wenig eingegangen. Kampf gegen die Freiheitsbündler und gegen die Formierung wurde beschlossen, die Durchführung der Versammlung aller Studenten, Schüler, Lehrer und Assistenten in Bochum und der vds-Gegenkongreß aber noch nicht konkretisiert. Das muß auf dem nächsten Teach-In am 15. 12. geleistet werden.

Wichtig war, daß die Konfliktstrategie in den Gremien trotz haltloser Polemiken der BSU, die aus Profilsucht dagegen stimmte, jetzt wohl allgemein verstanden ist und



Die Diskussion hielt sich leider zu lange bei einem Gerangel mit der BSU auf, die doch lieber scharf trennen wollte zwischen Hochschulrahmengesetz und „Bund Freiheit d. W.“ um nicht den Glauben an die Reformfreudigkeit der Sozialliberalen aufgeben zu müssen; Herbert Molderings sagte der BSU wohl zu Recht voraus, daß sie

daß die konkreten Tagesforderungen propagiert wurden. Die Konfliktstrategie im Falle Staatskommissar kann am Mittwoch bei der ersten Sitzung des Herrn Saß weiter entwickelt werden.

Auf dem 2. Teach-In am 15. 12. werden auch weitere Vorschläge zur Arbeit in den Projektbereichen vorgelegt werden.

SHB-BDV: Theorie klären

Die 11. BVD des SHB brachte eine Intensivierung der politischen Diskussion auf einem für solche Versammlungen neuen theoretischen Niveau. Nachdem der SHB, schon seit langem mitgliederstärkster Studentenverband, im letzten Jahr die Studentenpolitik an immer mehr Hochschulen und jetzt auch im VDS bestimmte, wurde es Zeit für eine verbindliche Theorie-

Die Diskussion konzentrierte sich auf eine kritische Einschätzung der Rolle der SPD-Regierung und auf die Bildungspolitik, wobei die Auseinandersetzung um den VDS-Plattformentwurf ihre Fortsetzung fand. Dazu lagen umfangreiche theoretische Analysen der Gruppen aus Köln und Bonn vor, Gegenpapiere einer Gruppierung um Göttingen, Bochum, Hannover sowie Papiere aus Frankfurt, aus Heidelberg und Freiburg.

Die Ostpolitik der Bundesregierung wurde in ihrer Ambivalenz als Expansionsinteresse der exportorientierten Wirtschaft und als eine für die sozialistischen Kräfte vorteilhafte Entspannung dargestellt und der Aufruf zu einer europäischen Sicherheitskonferenz unterstützt.

Scharf verurteilt wurde der Beschluß des SPD-Parteiorgans, der die Zusammenarbeit mit Kommunisten verteidelt und dagegen die Aufhebung des noch immer folgenden KP-Verbotes gefordert.

Die Kritik an der imperialistischen Politik des Entwicklungshilfeministeriums führte zu einem Aufruf an alle Gruppen, insbesondere Aktionen gegen Gabora Bassa zu unterstützen.

Zur Bündnispolitik des SHB wurde kein Antrag verabschiedet; gegenüber der Kölner Fraktion, die vor allem mit Spartakus zu-

sammengehen will, betonten die anderen Gruppen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit allen linken Gruppen.

Die intensivsten Auseinandersetzungen gab es um das Thema Bildungspolitik. Da jedoch keines der vorgelegten Papiere zur Bildungspolitik, zum Hochschulrahmengesetz und zur Mitbestimmungsfrage ausdiskutiert werden konnte (denn hier traten Gegensätze zwischen mehr theoretisch orientierten Gruppen wie den Kölnern und solchen mit langjähriger Praxis in der Studentenpolitik - Göttingen, Bochum etc. - hervor), beschloß man, folgende Probleme auf zentralen Seminaren weiter zu bearbeiten:

- wissenschaftlich-technische Revolution und Produktivkraft Wissenschaft
- Klassenlage der Intelligenz
- Probleme der Gesamthochschule

Bei der Wahl des Bundeszentralrats war erst nach längerer Diskussion ein Kompromiß zwischen den Gruppierungen um Göttingen, Bochum, Hannover einerseits und um Köln, Bonn, Gießen andererseits möglich; gewählt wurden Kurt Wand (Hamburg), Stefan Albrecht (Bonn), Michael Stamm (Gießen), Reinhard Tegtmeier (Hannover) und Reinhard Zimmermann (Bochum).

Grundsätzliche Forderungen in der Konfliktstrategie

Die Hochschulgesetze und die Ziele des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ laufen darauf hinaus, den Einfluß der Studenten auf den Wissenschaftssektor vollständig zu beseitigen. Die Studenten sollen auf eine unbedeutende Mitwirkung in den Gremien festgelegt und ihre unabhängige Organisation (AStA) aufgelöst werden.

Gegen diesen Integrationsanspruch werden wir uns wehren, indem wir Illusionen über die Arbeit in den jetzigen Gremien der RUB durch eine KONFLIKTSTRATEGIE zerstören, die studentische Forderungen durch Studenten selbst festlegen läßt, diese in die Gremien trägt und an dem weiteren Verhalten dieser Gremien deren Charakter selbst offenlegt. Alle Studenten werden daher aufgefordert, unabhängig von irgendwelchen Gremien ihre Interessen zu artikulieren und aktiv für deren Durchsetzung zu arbeiten, da nur auf dem Hintergrund der Aktivierung der Studentenschaft die Arbeit in den Gremien ihren Sinn bekommt.

Heute stellen wir im Rahmen der Konfliktstrategie folgende grundsätzliche Forderungen:

- 1. Wir fordern von Minister Rau, sofort die Weiterarbeit des UP zu ermöglichen.
2. Wir fordern von der Universität - Rektorat und Abteilungen -, den Numerus Clausus für Bochum und alle gegen Art. 12 Grundgesetz verstößenden Maßnahmen abzulehnen, insbesondere die Durchführung der vorgezogenen Anmeldefrist zu verweigern.
3. Wir fordern von der Universität, sofort mehr Wohnraum für Studenten zu schaffen, insbesondere die zweckfremd genutzten Wohnheime an der Overbergstraße und das Schwesterwohnheim sofort zu räumen und intensiv für den Bau neuer Wohnheime, auch für Studentenpaare, einzutreten.
4. Wir fordern die Verabschiedung von Abteilungs-satzungen, die durch politische Wahlen in Vollversammlungen eine echte politische Diskussion in den Abteilungen ermöglichen und den Studenten entscheidenden Einfluß auf Studienordnungen und Lehrpraxis (halbpäparitische Kommissionen), auf Prüfungen, Berufungen und Forschungsprogramm geben.
Wir fordern die Kommilitoninnen und Kommilitonen in den Abteilungen auf, sich für solche Abteilungs-satzungen einzusetzen, sich durch professorale Abwehrversuche nicht zermürben zu lassen und von den Forderungen nach echter Demokratisierung auf keinen Fall abzuweichen.

In den Fachschaften und Projektbereichen müssen jetzt die Auswirkungen der kapitalistischen Hochschulreform im einzelnen untersucht und studentische Gegenforderungen ausgearbeitet werden. Gegen die Formierungsmaßnahmen müssen wir Vorstellungen eines gesellschaftsbezogenen wissenschaftlichen Studiums setzen und wenn möglich schon praktizieren (studentische Seminare). Gleichzeitig müssen kollektive Maßnahmen zur Abwehr von Zwangsvorschriften überlegt werden.

Das Ziel der Mobilisierung der Studenten gegen die technokratische Hochschulreform und für die Durchsetzung demokratischer Reformen muß das Verhalten der Studenten in den Gremien der Abteilung bestimmen.

Wir fordern deshalb alle Kommilitoninnen und Kommilitonen auf, in den Fachschaften und Projektbereichen mitzuarbeiten und dadurch auch der drohenden Auflösung der unabhängigen studentischen Interessenvertretung entgegenzuwirken!



BSZ-Leser antworten Entschuldigung

nachdem mir aufgrund einer stürmischen Abstimmung als versammlungsleiter des asta-teach-ins das mißtrauen ausgesprochen worden ist, halte ich es für angebracht, einige gründe für mein ungewohntes Verhalten an den tag zu legen:

- 16) die art und weise wie teach-ins durchgeführt werden (mit abstimmungen durch aufzeigen etc) muß - indem man zb die person des obligatorischen versammlungsleiters der lächerlichkeit aussetzt - in frage stellbar sein (was denkt sich der, welcher da aufzeigt, denn tatsächlich). dieses teach-in dünkte mir dazu günstig, weil es für uns da sowieso um nichts weiter ging, denn 17) die reaktionäre, die den bund freizeit der wissenschaft gegründet haben, gab es doch sowieso schon immer, und ihre vorstellungen von der universität sind die neuesten auch nicht, durch die gründung ihres bundes werden diese ultras für uns nicht gefährlicher, sondern eher noch lächerlicher.
18) dementsprechend sollten wir uns auch verhalten: durch die verweigerung einer ernsthaften auseinandersetzung mit diesen herr-

schaften sollten wir ihnen die diskussionsgrundlage mit uns entgegenhalten. für uns ist eine auseinandersetzung mit diesen leuten nicht möglich, denn sie werden ihre meinung ja doch nicht ändern, dafür aber früher als wir das zeitliche segnen.

19) was soll überhaupt dieses ganze links-seriose getue der studenten? zeigt doch gerade den leuten von der kultusbürokratie einmal durch ein ganz neues verhalten, daß ihr bereit seid, die verschulung einfach dadurch zu unterlaufen, daß ihr für euren studienplan einfach gar nichts mehr tun werdet: das kann sich der kapitalismus nämlich nicht leisten, denn er braucht nichts nötiger denn fachidioten.

13) die asta-chefin bat mich, aus dem teach-in kein happening zu machen. warum eigentlich nicht? wer vielleicht schon einmal einem happening beigewohnt hat, weiß, daß man dadurch spielend leicht neue kräfte für den klassenkampf schöpfen kann und eben gerade nicht mangels meinungsunterschieden durch langweilige polemiken zwischen ein paar studenten (zb junggardist molderings und bsufürst von magnis) stumpfsinnig wird.

14) seid also bitte keine schafferde, die sich zwar durch meckern ein wenig wehrt und sich dann aber doch willig zur schlachtbank führen läßt.

15) lacht diese freiheitlichen wissenschaftler doch einfach aus. NeBl Die Redaktion wollte diesen reaktionären Brief ihren Lesern nicht vorenthalt.

Advertisement for 'INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN' featuring 'trispher' and 'Hagemann' brands. It includes the text 'Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar - unzerbrechlich' and 'BRILLEN Hagemann SÜDRING 20'.

Advertisement for 'US VERKAUF' by 'H. PETERMANN'. It features the text 'Führendes Haus in Western-Bekleidung', 'Twen Shop Bekleidung für junge Leute', 'Bochum - Rathausplatz 8', and 'Telefon 66939'.

Advertisement for 'VERLAG LAMBERT LENSING GMBH'. It includes the text 'Zur Erweiterung unserer Fachredaktion suchen wir junge(n) Neuphilologen(in)', 'In Betracht kommen Damen und Herren, die ihr Examen abgelegt haben und sich für die Arbeit in einem Verlag interessieren.', and 'Zuschriften mit handgeschriebenem Lebenslauf und Zeugniskopien erbeten an die Geschäftsleitung'. The address is '4600 Dortmund, Westenhellweg 67, Telefon 02 31/14 57 24'.

SHB: vds-Diskussion weiterführen

Peter Schöttler hat in der letzten BSZ das wichtigste Ergebnis der Marburger VDS-MV richtig dargestellt: seit Marburg kann der VDS wieder zu einer umfassenden Interessenvertretung der westdeutschen Studentenschaften gemacht werden. SHB- und Spartakus-Asten haben eine solide Mehrheit im VDS, sie verstehen den Dachverband VDS als Instrument der Studentenschaften, gemeinsam gegen die Formierung von Hochschule und Gesellschaft zu kämpfen. Sie haben das frühere Minimalisierungskonzept der ML-Fraktion (München-Hamburg) wie auch das „neue“ ständische Fachverbandskonzept der Tübinger und Mainzer ML, das einen Rückfall in VDS-Zeiten vor 1968 gebracht hätte, wohl endgültig vom Tisch gebracht.

Falsch ist jedoch Schöttlers Urteil über das Verhalten der beiden Bochumer SHB-Delegierten zum Entwurf einer VDS-Plattform,

falsch die entsprechende Einschätzung dieser Plattform, daß darin die Perspektiven des VDS klar aufgewiesen seien.

(Spartakus/Göttingen) wenig konkrete Perspektiven für die Politik zum Komplex Gesamthochschule und Lehrerbildung machen konnte, kandidierte für den Projektbereich Soziales neben dem bisherigen ML-Sekretär aus Tübingen die Spartakus-Gruppe von Uni München. Daß die Tübinger keine Perspektive als die der Kaderschulung anbieten konnten, hatte man erwartet. Aber auch Spartakus/München hatte außer einem mageren Papier mit allgmeintheoretischem Gerede und Münchener Praxisbeispielen keine Perspektive anzugeben, wie das Projektbereichssekretariat für die Sozialpolitik im ganzen VDS wirksam werden sollte.

Auf Antrag der Bochumer SHB-Delegierten wurde daher schließlich beschlossen, zunächst noch keinen Sekretär einzusetzen, sondern durch eine Konferenz der Sozialreferenten und eine Projektbereichskonferenz die konkrete Arbeitsweise im Sozialsektor festzulegen und erst dann einen Sekretär einzusetzen.

Vereinheitlichung

Was einige Leute unter Vereinheitlichung des Verbandes verstehen, kann man vielleicht auch aus dem letzten VDS-Press ablesen.

Darin ist das beschlossene Aktionsprogramm und anschließend die abgelehnte Plattform als Begründung abgedruckt und als Antrag aller SHB-Asten hingestellt, obwohl Bochum, Wuppertal, Worms, Freiburg und Frankfurt es abgelehnt hatten, selbst als Unterzeichner des Aktionsprogramms aufzutreten (es allerdings in der Abstimmung unterstützten).

Das ist eben Fraktionsdisziplin

Zur Vereinheitlichung des VDS führt unserer Meinung nach nur der Weg einer verstärkten Diskussion an den Hochschulen über

1. die Uneinheitlichkeit der SPD-Politik und das Verhältnis zwischen Rechtskartell und wissenschaftlich-technischer Revolution im Kapitalismus
2. die Klassenlage der Intelligenz und die Ansätze zur Politisierung der Studenten
3. das gewerkschaftliche Verständnis des VDS und seine Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen
4. die Funktionsfähigkeit der Projektbereiche für eine koordinierte Interessenvertretung.

Damit sich diese Diskussion nicht wieder in einem Papier des VDS-Vorstandes erschöpft, sind wir auch auf der Bundesdelegiertenversammlung des SHB dafür eingetreten, daß die theoretischen Grundlagen im SHB verstärkt durch Seminare und in den Gruppen angegangen werden.

Renate Zimmermann-Eisel (SHB)
Reinhard Zimmermann (SHB)

Entstehung der Plattform

Die SHB-Fraktion im VDS hatte sich auf einer vorbereitenden Tagung darauf geeinigt, ein gemeinsames Papier vorzulegen, in dem die Aufgaben des VDS klar definiert waren: VDS als Dachverband, Konzentration auf die Hochschulpolitik, Institutionalisierung wissenschaftlicher Vorarbeit im VDS, inhaltliche Begründung der Projektbereichsarbeit, Informations- und Koordinierungsfunktion des VDS-Vorstands.

Dieses Papier, das noch einige Präzisierungen erhalten sollte, war auf der Marburger MV auf einmal auf den vierfachen Umfang angewachsen. Der Kölner SHB-Flügel hatte zusammen mit Spartakus eine zehnjährige politische Allgemeinableitung verzapft, in der auf einmal der Kampf gegen das „Rechts-

kartell“ Hauptaufgabe des VDS war, die konkrete Aussagen über die Zukunft der Bundesregierung enthielt, in der die Mitbestimmung als Konsequenz der wissenschaftlich-technischen Revolution und als Möglichkeit, die Macht der Monopole zurückzudrängen, dargestellt wurde, die in der Proletarisierung der Studenten die Basis für antimonopolistische Massenkämpfe sah, die zur Organisierung in DGB-Gewerkschaften aufrief etc.

Auf dieses „umfassende“ Papier, das Freitagabend ausgehändigt wurde, sollten die SHB-Delegierten zur Abstimmung am Samstag per Fraktionszwang verpflichtet werden, obwohl nur eine Minderheit in der SHB-Fraktion wirklich hinter dieser Plattform stand.

Bochumer setzen Aktionsprogramm durch

Die Bochumer SHB-Delegierten betonten sofort, daß ein theoretisches Papier, welches nicht diskutiert und von den einzelnen Gruppen getragen war, nicht zur Vereinheitlichung des VDS beitragen könne. Die gemeinsame Zielrichtung im VDS könne nur durch ein Aktionsprogramm — erreicht werden.

Dementsprechend lehnten sie die allgemeine Plattform als theoretisch unzureichend und teilweise falsch ab und setzten durch Stimmenthaltung auf der MV ihr Konzept durch, nur ein Aktionsprogramm zu verabschieden.

Daß sich andere SHB-Delegierte mit politisch unterschiedlicher Zielrichtung daraufhin ebenfalls der Stimme enthielten, rechtfertigt nicht Schöttlers Versuch, die Bochumer Delegierten in die Nähe der „rechten SHB-Asten“ zu rücken.

Kritik an der Plattform

Die Kritik der Bochumer, daß die Plattform nicht dazu dienen könne, die Praxis an den Hochschulen zu vereinheitlichen, widerlegt auch den Vorwurf, sie hätten sich sektiererisch verhalten:

— wer aus der richtigen Aussage, die von der SPD geführte Regierung gerate zwischen den Erwartungen ihrer Wählerbasis und ihrer tatsächlichen Rolle als Sachwalter der Kapitalinteressen in eine Schere, die Schlußfolgerung zieht, der VDS könne und müsse durch antimonopolistische Massenkämpfe die SPD-Regierung retten und das Rechtskartell vom Palais Schaumburg fernhalten, der gerät selbst in die Schere zwischen Anspruch und eigenen Möglichkeiten,

zwischen Fixierung auf das Rechtskartell und der an der Hochschule notwendigen Orientierung auf den Kampf gegen die Formierungspolitik gerade auch der SPD-Minister.

— wer, wie die Kölner, noch keine Erfahrungen aus der Praxis der Mitbestimmung gewinnen konnte, kann nicht für den ganzen VDS einen undifferenzierten Mitbestimmungskampf verbindlich machen wollen.

— wer die Lehrerstudenten unter „wissenschaftlich-technische Intelligenz“ faßt und die soziale Annäherung an die Arbeiterklasse als Hauptkriterium der Klassenlage der Intelligenz darstellt, kann zu keiner angemessenen Strategie im Lehrerbildungssektor kommen.

Verständnis der Projektbereiche

Daß auch die gewerkschaftliche Orientierung des VDS in der Plattform keineswegs so klar erfaßt ist, wie Schöttler sie darstellt, daß insbesondere die eigene Position zu den Projektbereichen trotz

eindeutiger Ablehnung des ML-Konzeptes kaum ernsthaft geklärt wurde, zeigte sich bei der Einsetzung der Projektbereichssekretäre: Nachdem schon der Sekretär für den Projektbereich „Aus-

PORNO - gibt es das?

11./13. 12. — ein hartes Wochenende.

„Heimkino“ bis „Porno-Western“ und „Filmkunst“

Mit dem Seminar „Präsentation und Rezeption von Sexualität im Film“ versucht der Filmclub, einer sachlichen und wissenschaftlichen Diskussion der Phänomene Pornographie / Sexualität im Film eine systematische Grundlage zu stellen. Die verschiedenen juristischen, psychologischen, soziologischen und ästhetischen Aspekte der Sache werden von Referenten und in Arbeitsgruppen behandelt; eine Abschluß-Diskussion soll die verschiedenen Arbeits-Ergebnisse einander konfrontieren.

Zum ersten Mal in der BRD trommeln Filmclubleute explizit zu einem Pornographie-Seminar. Gerade in Anbetracht der Debatte im Bundestag über den § 184 wird dieses Seminar den Interessierten die Möglichkeit der Sichtung von Materialien, der Teilnahme an Diskussionen mit einem Publikum verschiedener Provenienz und der Beobachtung eigener und fremder Reaktionen auf das Phänomen „Sexualität im Film“ in wohl einmaliger Konzentration und Vielseitigkeit bieten.

Das Filmangebot wird einigermaßen shocking sein. Es werden gezeigt:

■ Neben ausgesprochenen „Nachholfilmen wie „Das Schweigen“: „Ich bin neugierig — Gelb“ (in der unbeschnittenen Fassung) und dem inzwischen legendären ersten deutschen Polit-Porno **Besonders wertvoll** (skandalöse Aufführung am 5. 4. 68 in A1 und B1 vor 300 Personen trotz polizeilicher Verfolgung; der Film ist inzwischen nach Rückzug der dritten Berufung der Hamburger Staatsanwaltschaft frei und wird zur Zeit der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft und der Filmbewertungsstelle der Länder ins sittlich bewußte Anlitz geleuchtet.)

■ der Film von Jean Genet, „Chant d'amour“; andere „underground“-Filme, wie die ab und zu von BRD-Gerichten verfolgten **Sodoma-Happening**-Filme des Wieners Otto Muehl; Skip Norman's

Black-Power-Porno „Blues people“; vielleicht Andy Warhol's „Blue movie“; und mehrere tendenziell systemsprennende Filme.

■ an Kino-Filmen der sogenannten „Sexwelle“ die politisch relevanten Sachen von Alois Brummer und Oswald Kolle, jeweils in den Schlüsselrollen ihres kommerziellen und zensurpolitischen Durchbruchs: „Graf Porno und seine Mädchen“; „Dein Mann, das unbekannte Wesen“). An ihnen vor allem wird der verdeckte, medial verschleierte Betrug des nichteingehaltenen Versprechens sexueller Befreiung via Kino-Industrie verifizierbar sein.

■ der erste richtige „Porno-Western“; zwei sehr, sehr neue Kino-filme („The Scavengers“; „Baby Vicky“) aus dem Ausland.

■ genug „Heimkino“ (das Gängige, das niemand kennt) und historische, aber nicht minder harte Privatsachen; andere Filme aller möglicher Valeurs. Einige Filme werden von den Veranstaltern (Cinemathek Köln e. V., Filmclub Essen e. V., Filmstudio der VHS Bochum, Studienkreis Film RUB) nicht genannt. Zusätzliche filmische Arbeitsunterlagen sollen den Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt werden. Eine Ausstellung von durch die FSK nicht freigegebenen Photos und Plakaten in HNA 600 wird vorbereitet. Die „Schauwerte“ akkumulieren sich jedenfalls zu seltener Intensität.

■ **Porno — gibts das?**
Zum Selbstverständnis des Seminars: In erster Linie versucht die

Programmkonzeption Informations- und Diskussionsmaterial in breiter Basis anzubieten. Für die Abgrenzung der qualigen und verschleienden Begriffe „Sexualität“ versus „Erotik“ versus „Pornographie“ versus „Kunst“ sollen Grundlagen geliefert oder deren Grundlosigkeit oder Differenziertheit aufgedeckt werden. Der § 184 spielt dabei eine dominierende Rolle.

Die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge von Film, Kommerz, Zensur und „Sexwelle“ sollen durchschaubarer gemacht werden. Die in diesem Zusammenhang grundsätzliche Frage stellt sich: Werden sich an Filmbeispielen Ansätze einer breiten, utopischen Sexualität aufweisen oder wird sich der gesellschaftliche Druck gegen Artikulationsversuche entsublimierter Sexualität auch in diesen wieder ausprägen?

Zu diesen Fragen wird eine Dokumentation vorbereitet, die im Seminar gratis verteilt wird. — Eine Dokumentation über den Fall **Besonders wertvoll** wird separat erstellt.

Zeit und Geld

Drei Viertel der Seminar-Laufdauer wird den Filmbeispielen reserviert sein; ein Viertel den Diskussionen und Referaten. (HNA 600 und in div. NA-Hörsälen). Das Seminar beginnt am Freitag, dem 11. 12. um 17 Uhr und endet am Sonntag gegen 18.30 Uhr. Für das leibliche Wohl der Teilnehmer

2. - AStA-Teach-in, Dienstag, 15. 12., 14 Uhr, in HIB

Kampf dem Hochschulrahmengesetz!

Ein Bundesgesetz soll die Realisierung der Unternehmerpläne sichern.

1. Der Numerus clausus wird gesetzlich verewigt.
2. Die übergroße Mehrzahl der Studenten wird in eine 6sem. Kurzausbildung gezwungen.
3. Gefördert wird nur noch eine kleine Anzahl von unternehmerfreundlichen Hochleistungskadern.
4. Staatliche Stundenpläne und Studienüberwacher regeln unser „freies“ und „wissenschaftliches“ Studium.
5. Die Studenten werden geteilt auf Forschungs-Unis und Pauk-Unis.
6. Über die Finanzierungs- und Ausstattungspläne erwürgen Staat und Kapital die „unnützen“ Wissenschaften.
7. Die studentische Interessenvertretung durch Fachschaften und AStA soll zugunsten studentischer Mitwirkungsagenten bei der Hochschul„selbst“-verwaltung, aufgelöst werden.

Das ist „das wachsende Verantwortungsgefühl des Staates für die Universitäten“, was der politische Kampfbund der Unternehmer innerhalb der Universität, der „Bund Freiheit der Wissenschaft“, erfreut registrierte. Dieser Bund baut sich auf zum Kampf gegen die sozialistischen Organisationen an der Universität und außerhalb. Er hat sich zum Ziel gesetzt, den Kampf um unsere berechtigten Interessen zu strangulieren.

Im Interesse unserer Ausbildungs- und Berufsbedingungen dürfen wir nicht tatenlos zuschauen.

Die Aufgabe des nächsten Teach-ins ist:

Gegen die drohende Auflösung unserer zentralen Interessensvertretung müssen wir beginnen, alle aktiven Studenten über die Projektbereiche zu organisieren, um einen kontinuierlichen gemeinsamen Interessenskampf zu gewährleisten.

Vorbereitung einer Großversammlung und anschließenden Demonstration Ende Januar. Vorbereitung auf den vds-Kongreß.

Zusammenfassung aller betroffenen Gruppen: Studenten, Schüler, Lehrer, Assistenten. Erste Resultate.

BRD im Angriff

Wie der Verband Deutscher Studentenschaften (vds) in einer Presseerklärung seines Projektbereiches Kriegsforschung mitteilte, unterstützt die Bundesregierung als einzige bedeutende Industrienation und als einziger Nato-Staat die US-Aggression in Vietnam vorbehaltlos. Ihre Hilfe ist nicht nur humanitärer und verbaler Art, sondern umfaßt über den Zwischenkäufer USA-Munition aller Art, Bomben u. ä. m. Nach „Eastern World“ beklunden die USA neuerdings auch Interesse an den in deutschen Forschungslaboratorien hergestellten und erforschten Kampfgasen.

Die Tatsache, daß nach Art. 25 und 26 GG die Vorbereitung und Unterstützung eines Angriffskrieges verboten ist, scheint allerdings keinen der Hüter des Grundgesetzes zu stören. Wenn die Wirtschaft nur mitverdient — sei es wie und wo auch immer — kann man schon mal ein Auge zudrücken. Die Kapitalisten würden sich wohl auch eine Beschneidung ihres Profites verbieten wollen.

3x in Nähe der Uni
SPARKASSE
Querenburg, Im Westenfeld 22 Tel. 51 10 15

SPARKASSE
Universität, Buscheystraße 132 Tel. 51 16 74

SPARKASSE
Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 51 41 72

- in Ihrer Nähe -



was trinken wir?

Schultheiss

Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

TERMINE

SHB

öffentliche Mitgliederversammlungen montags, 18 Uhr, Baracke 1, Zimmer 1
öffentliche Schulung, donnerstags, 18 Uhr, Baracke 1, Zimmer 1

SPARTAKUS

öffentliche Mitgliederversammlungen und Schulungen (alle 14 Tage abwechselnd) donnerstags, 18 Uhr, IA 5/88

JUNGE GARDE

Mitgliederversammlungen jeden Mittwoch, 18 Uhr, BSZ-Raum

FHV

Mitgliederversammlungen jeden Freitag, 17 Uhr, AStA

wo wer was
anarchistisches seminar
jeden montag 17.45 uhr
ia 4 raum 51

(hier: Essen und Trinken) wird via Mensa gesorgt sein, an allen Tagen. Die Teilnahme-Berechtigung am Seminar kostet 20 Mark und wird gegen schriftlichen Revers ausgestellt. Da bereits 150 Anmeldungen von auswärts vorliegen, empfiehlt der Studienkreis Film, den Vorverkauf zu benutzen. Die Vorlage des Studien- oder des Personalausweises ist dabei in jedem Falle erforderlich. — (Der ursprünglich auf den 4. bis 6. festgelegte Termin verschob sich.)

... und Macht

Das Programm des jeweiligen Tages wird immer am Morgen des betreffenden Tages per Flugblatt in Mensa und HNA bekanntgegeben. Dadurch soll vermieden werden, daß Seminarteilnehmer nur wegen bestimmter Filmprogramme anmarschieren und sich sonst um den theoretischen Teil einen Dreck kümmern. — Solange die Maßgeblichen eine solche Veranstaltung nur in strenger Seminarform unverfolgt zulassen, muß eine solche Seminarplanung gerechtfertigt erscheinen. Dennoch wird jeder Tag inclusive der Nachtvorstellungen ein breitgestreutes Programm bieten.

Für die Durchführung des Seminars haben sich vier NRW-Filmclubs zusammengetan. Das hohe finanzielle Risiko wird durch Ausfall-Bürgschaften abgedeckt. Eventuell überstehende Gewinne kommen einer größeren Dokumentation zum Seminar zugute.

Wehrteuch gegen die Bogestra

Angeblich ist der Rutsch der Bochumer Verkehrsbetriebe BOGESTRA nicht mehr aufzuhalten. OB Claus hingegen meint, die finanzielle Lage der Betriebe so gut zu kennen, daß er eine Erhöhung der Fahrpreise für nicht zu begründen erklärt. Die Verkehrsbetriebe selbst stellen die Gemeinden vor die Alternative: Entweder Zuschüsse oder Fahrpreiserhöhung. Am 21. Dezember trifft der Aufsichtsrat der BOGESTRA die endgültige Entscheidung. Der AstA bereitet geeignete Gegenmaßnahmen vor, die sich in Hannover, Heidelberg, Bremen etc. bereits bewährt haben. Nur unser entschlossener Kampf kann die drohenden Entscheidungen Papier werden lassen.

Kein fauler Kompromiß

Um überhaupt noch zu einer Satzung zu kommen, haben die Studenten der Abt. IX (Maschinenbau und Konstruktiver Ingenieurbau) in der letzten Woche einer Abteilungssatzung zugestimmt, die Halbparität vorsah — allerdings für die Professoren. Die Freiheit dieser reaktionären Hochschullehrer ging jedoch so weit, daß dieses Angebot auszuschlagen; sie bestanden auf einem Verhältnis von 3:2 für das Entscheidungsgremium (= Zweidrittelmehrheit für die Professoren). Wir wollen nicht zu viel von der Drittelparität erwarten; wir wissen, daß die Drittelparität nur ein Anfang zur Demokratisierung der Abteilungen sein kann (die letztlich nicht von Paritäten abhängt), aber sie bietet doch zumindest die Möglichkeit einer Bündnispolitik mit den Assistenten (erfolgreich war das bei den Mathematikern und den Juristen für die Verabschiedung der Abteilungssatzung).

Die Professorenfront verhärtet sich
Die Situation in den Abteilungsver-sammlungen hat sich zugespitzt, seit das UP — durch den eigenen Vorsitzenden handlungsunfähig gemacht — nicht mehr existiert. Die Scheinliberalen wittern Morgenluft und widersetzen sich nun jedem kleinsten Fortschritt. Die Studenten dürfen diesem wachsenden Druck nicht weichen; ihr Widerstand muß noch energischer werden!

Bis zu den Semesterferien waren 2 Satzungen (ev. Theologie, Ostasienswissenschaften) vom UP genehmigt und 6 weitere von den Abteilungen verabschiedet worden. In der Zwischenzeit geschah nichts, abgesehen davon, daß sich Vorhut für den Bund „Freiheit der Wissenschaft“ die „Dozentenchaft“ gebildet hat — eine Ansammlung bisher anonym rechte Kräfte an der Uni, die sich so ein Sprachrohr geschaffen haben. Die Gründung des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“ hat diesen Reaktionen noch zusätzlich Kraft gegeben. Nun weigern sie sich überhaupt irgendwelchen Satzungen zuzustimmen. Sie hoffen auf das Heil von oben (vom Wissenschaftsminister bzw. Leussink).

In dieser Situation darf kein fauler Kompromiß geschlossen werden. Lieber keine Satzung, als daß mit den Stimmen der Studenten ein neues Machtinstrument der Professoren geschaffen wird. Nur mit der Zustimmung der Studenten kann eine Satzung wirksam werden (Art. 40,3 VerFUB). Gebt nur demokratischen Satzungen Eure Zustimmung, mindestens Drittelparität!

WIDERSETZT EUCH DEN REAKTIONÄREN!

Der AstA ist in der letzten Woche umgezogen. Er befindet sich jetzt in der Baracke 1, das ist die erste Baracke vor der Mensa.

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

KJVD sprengt Aktionseinheit

Die ganze Geschichte hat doch was Tragisches: Da müssen sich Bochumer Studenten mit teilweise unzumutbaren Wohnverhältnissen herumschlagen, müssen stundenlange Anfahrten in Kauf nehmen, horrenden Mieten bezahlen oder wider Willen bei Muttern wohnen —, und was tut eine Arbeitsgemeinschaft, die es sich zum Ziel gesetzt hat, gerade diese Verhältnisse bessern zu helfen? — sie ergeht sich in gruppeninternen Auseinandersetzungen! In Weiterführung seiner Wohnungspolitik rief der AstA am 3. 11. 70 zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Wohnkampagne auf (s. BSZ Nr. 68). Der AstA glaubte, mit dem KJVD trotz grundsätzlicher ideologischer Differenzen ein fruchtbringendes Aktionsbündnis eingehen zu können, denn es gab ein konkretes gemeinsames Ziel, nämlich dafür zu sorgen, daß das Sammelgebäude an der Overbergstraße und das Schwesternheim nicht länger von privaten Unternehmen und universitären Instituten zweckentfremdet werden.

Die erste gemeinsame Aktion, das go-in beim Kanzler am 9. 11. 70, führte nur zu kurzfristigen Erfolgen (14 Zimmer wurden Studenten zur Verfügung gestellt).

Beginn der Auseinandersetzungen

Aber schon zwei Tage später, am 11. 11., setzte der KJVD in seiner Hauspostille „Rotfront“ seine wütenden Angriffe gegen den AstA und seine Wohnungspolitik fort, mit dem man eine Woche zuvor ein Aktionsbündnis eingegangen war.

Die vom AstA zu Beginn des Semesters organisierte Zeltaktion (Ergebnis 50 Zimmer, 4 Häuser) wurde als „erfolgloses Happening“ denunziert, das nur zur „Imagepflege des SHB“ dienen sollte und mit dem man die Studenten „täuschen“ wollte. Die ganze Aktion sei nichts anderes „als ein sozialdemokratischer Versuch, sich im kleinbürgerlichen Bereich eine Basis zu verschaffen“.

Erst seit der Gründung der AG-Wohnkampagne werde — so Rotfront — an der RUB eine konsequente, wirkungsvolle und vor allem ehrliche Wohnpolitik betrieben, an der der AstA „gezwungen“ wurde, teilzunehmen.

Im Interesse des gemeinsam gesteckten Ziels vermied es der AstA, in ähnlich polemische Töne zu verfallen, sondern beschränkte sich auf eine sachliche Darstellung der Vorgänge in der folgenden BSZ (Nr. 68):

Der Konflikt spitzt sich zu

Um weitgehende Forderungen durchsetzen zu können, war eine Mitarbeit der betroffenen zimmerlosen Studenten in der AG die Voraussetzung. Man kam überein, die ersten 300 Personen der Warteliste des Akafö direkt anzuschreiben. Doch bei der Formulierung dieses Schreibens brachen die wahren Motive hervor, die den KJVD zum Aktionsbündnis mit dem AstA getrieben hatten.

Nicht um die berechtigten Interessen der zimmerlosen Studenten ging es dem KJVD bei seiner Wohnpolitik, sondern vielmehr um die Profitierung der eigenen Gruppe mittels dieser Arbeitsgemeinschaft auf Kosten des gemeinsamen wohnungspolitischen Ziels.

Zudem sollten gezielte Angriffe auf den AstA und seine Politik diesen als einen nützlichen Trottel erscheinen lassen, der Briefe finan-

ziert und verschickt, die hauptsächlich zu seiner Verunglimpfung erstellt wurden, der aber als technischer Dienstleistungsbetrieb ganz gut zu gebrauchen ist.

Zitat aus dem Rundbriefentwurf des KJVD: „Die Wohnkampagne erklärt, daß die Einbeziehung des AstA in ihre Arbeit deshalb erfolgt ist, weil der technische Apparat des AstA eine große Erleichterung bei der Durchführung ihrer Aufgaben ist, daß sie aber die Täuschungsmanöver des AstA gegenüber den Studenten und seinen Drang nach Öffentlichkeit (Zeitung, Fernsehen) verurteilt und feststellt, daß sie weder mit den AstA-Flugblättern an der Uni noch mit seinen Presseverlautbarungen das Geringste zu tun hat.“

Im politischen Teil des Briefes, dessen Adressaten wohnungssuchende Studenten und keine linientreuen Marxisten—Leninisten waren, wurde phrasenhaft über „die Partei des Proletariats“, über „den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit“ und über „die spezifischen Frechheiten der Kultusbürokratie“ geplaudert, aber wenig von den konkreten Zielen der Arbeitsgemeinschaft gesagt. Und dieses Schreiben sollte nun eine Mobilisierung unter den zimmerlosen Kommilitonen hervorgerufen — oder hatte man es doch mehr auf eine Konfrontation mit dem AstA abgesehen?

Nach dem Beharren des KJVD, trotz einiger Modifizierungen an der oben skizzierten Grundtendenz des Briefes nichts zu verändern, war für den AstA eine weitere Zusammenarbeit mit dem KJVD ausgeschlossen.

Die Haltung der ASIA nach dem Bruch

Im Rundbrief des ASIA, in dem man getroffene Entscheidung begründet, wurde die Überzeugung geäußert, daß der AstA an einer Spaltung der Wohnkampagne kein Interesse haben kann, wenn diese die gestellte Aufgabe, nämlich die Bekämpfung der Wohnungsnot, zielstrebig verfolgt, ohne als Rekrutierungsorgan einer linkssektierischen Gruppe mißbraucht zu werden.

Nur so ist der Entschluß des AstA zu begründen, die von der Wohnkampagne einberufene Versammlung aller betroffener Studenten am 30. 11. mit zu unterstützen.

Das Ergebnis dieser Versammlung rechtfertigt nachträglich alle Befürchtungen des AstA:

Von 300 angeschriebenen Studenten erklärten sich drei bereit, mitzuarbeiten: Die Masse wurde offensichtlich durch die internen Auseinandersetzungen in der AG abgestoßen und durch die falsche und schlagwortartige politische Begründung im Rundschreiben irritiert.

Zukunft wird diese Wohnkampagne nur haben, wenn der KJVD seine wahren Absichten besser zu tarnen versteht und der eigentlichen Zielsetzung der Arbeitsgemeinschaft, die Räumung der beiden; zweckentfremdeten Gebäude, endlich die gebührende Priorität einräumt.

Durch die Entscheidung, ein Zentralkomitee der Wohnkampagne, bestehend aus den drei Wohnungssuchenden plus einem Vertreter des KJVD, zu bilden, ist ein erster Schritt in diese Richtung getan.

Die zukünftige Wohnpolitik des ASIA

An der Überzeugung des AstA, daß zwei gegeneinander arbeitende wohnpolitische Kampagnen keinen Nutzen für die betroffenen Studenten erbringen können, hat sich nichts geändert.

Das Sozialreferat wird den Schwerpunkt seiner wohnpolitischen Aktivitäten wieder mehr in den außeruniversitären Bereich verlegen, denn

- * nach wie vor ist die Mehrzahl der Studenten auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen;
- * nach wie vor haben es auch wir Studenten mit Wuchermaklern und überhöhten Mieten zu tun;
- * nach wie vor suchen potentielle Wohngemeinschaften großräumige Wohnungen oder Häuser.

Unsere nächsten Forderungen zielen also

1. auf die Durchsetzung eines städtischen Amtes für kostenlose Zimmervermittlung,
2. auf die sofortige Freigabe zahlreicher leerstehender Häuser in Bochum für die Vermietung an Studenten,
3. auf die Bestrafung der Wucherer in Makler- und Vermieterkreisen durch Verklagung der Schuldigen ab.

Interessenten, die Näheres über die Arbeit des ASIA erfahren möchten, werden gebeten, in die Baracke 1, Zimmer 14, zu kommen.

Michael Holzach

Herrn Kestings neuer Streich

Kesting, auf vielen Gebieten der Soziologie bewandert, wie die Themen seiner Übungen und Vorlesungen zeigen (Soziologie des Luxus; Soziologie der Kriminalität; Religionssoziologie; Militärsoziologie) gibt in diesem Semester in einem Grundstudiumseminar unter dem Titel „Soziologie des Verbrechens“ erneut einen Einblick in seine vielfältigen wissenschaftlichen Qualitäten.

Was in der ersten Stunde des Seminars als eine spezielle Soziologie, die als Schwerpunkt sich mit dem Strafvollzug in der BRD heute auseinandersetzen sollte, angekündigt wurde, wurde in den 6 Stunden, die bis jetzt stattfanden, eine zusammenhanglose Aneinanderreihung irgendwelcher Referate, Statistiken, Zitate aus Büchern und geschichtlicher Daten ohne soziologische Relevanz. Motto: Hauptsache, es hat irgendeinen Bezug zu Verbrechen und Kesting muß nicht zu viel erzählen.

Teilweise heftige Kontroversen der Seminarteilnehmer mit Kesting über den Inhalt (s. o.) und die technische Durchführung des Seminars (obwohl Seminar fürs Grundstudium, gab es keine Literaturliste, Referatsthemen werden dann verteilt, wenn es Kesting gerade in einer Stunde einfällt...) erreichten dann in der letzten Seminarstunde am 26. 11. 70 ihren vorläufigen Höhepunkt. 25 der etwa 30 anwesenden Seminarteilnehmer sahen sich gezwungen, an den Rektor und den Dekan der Abt. 8 folgenden Brief zu schreiben:

„Die Seminarteilnehmer des Seminars ‚Soziologie des Verbrechens‘

erheben eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Prof. Kesting wegen folgenden Vorfalles am 26. 11. 1970:

Während der 6. Sitzung des Seminars am 26. 11. 1970 referierte Prof. Kesting über die Geschichte der Mafia in Amerika, die sich nur auf eine historische Darlegung beschränkte. Auf die Frage einer Studentin nach der soziologischen Relevanz seiner Ausführungen — eine methodische und begriffliche Darstellung sollte der Beschreibung vorausgehen — ließ Prof. Kesting sofort erregt über die Weiterführung seines Vortrages in diesem Stil abstimmen.

Nachdem nur etwa 1/3 seine Fragen nach Fortführung bejahten, verließ er, ohne die Abstimmung zu Ende zu führen, ohne jede Begründung den Seminarraum. Somit war den Teilnehmern die Möglichkeit einer Aussprache genommen.

Sämtliche Teilnehmer des Seminars diskutierten anschließend den Vorfall und die Möglichkeit einer sinnvollen Weiterführung des Seminars. Die 25 Unterzeichner (5 Kommilitonen enthielten sich der Stimme und unterzeichneten nicht) waren einig darüber, wegen des oben genannten Vorfalles Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Prof. Kesting zu erheben.“

Weiterhin schilderten die Seminarteilnehmer den Verlauf der vorangehenden Stunden (s. o.). Die Seminarteilnehmer baten das Rektorat, einen wiss. Assistenten oder einen Tutor für dieses Seminar zu benennen, damit ein studentischer Vorschlag zur Gestaltung des Se-

minars (in der 2. Stunde vorgelegt; Kesting wollte ihn dann nach Weihnachten behandeln, damit diejenigen Studenten, die seine Ausführungen hören wollten, auch dazu Gelegenheit hätten) nicht völlig unter den Tisch fällt. Da eine sinnvolle „Zusammenarbeit“ mit Kesting nach diesen Vorfällen wohl nicht mehr möglich ist, sind die Seminarteilnehmer fest entschlossen, falls Kesting seine Übung weiter abhält und ein Assistent oder Tutor nicht eingesetzt wird, das Seminar „Soziologie des Verbrechens“ nicht mehr zu besuchen.

Weitere Maßnahmen für den Fall der kommentarlosen Weiterführung des Seminars werden am Freitag, 4. 12. 70 mit dem Fachschaftsrat der Abt. 8, Raum IB 6/67, 11 Uhr, diskutiert. Alle Kesting-Geschädigten, Kesting-Liebhaber und sonstige Interessenten sind „herzlich eingeladen“.

Strafmandat:

In letzter Zeit muß jeder, der im „Parkverbot“ steht von der Polizei aus 10,-DM zahlen.

Grund: Kanzler Seel sorgte nicht für genügend Parkplätze.

Jeder, der von einem solchen Strafmandat betroffen ist, melde sich bitte beim AstA, Baracke 1, damit kollektiv verweigert werden kann.

Röntgen:

Heute und morgen für Studenten 1., 5. und 9. Semester (andere freiwillige auch) vor IA röntgen lassen!

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herne Straße 107
Telefon 1 43 36

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

Basisgruppentreffen der Psychologen

Am 13. und 14. November fand an der Ruhruni ein Treffen der psychologischen Basisgruppen aus der BRD und Westberlin statt.

Die isolierte Sisyphusarbeit:
Viele Rote Zellen und Basisgruppen verschiedener Fachrichtungen arbeiten abgeschnitten von Informationen über die Arbeit, die von gleichen Gruppen an anderen Unis geleistet wird; sie wursteln unökonomisch vor sich hin, in dem Bewußtsein alles selbst leisten zu müssen; von Institutsaktionen bis Ideologiekritik der bürgerlichen Wissenschaft, von alternativer (Berufs-)praxis bis hin zur revolutionären theoretischen Arbeit.

Überregionales Kommunikationsorgan:

Aus dieser Situation heraus wurde im Mai 1970, auf dem 1. Treffen der psychologischen BGs „eine Zeitschrift der sozialistischen Gruppen an psycholog. Instituten der BRD und Westberlin“ beschlossen. In der Zeitung, deren 1. Nummer im Oktober erschien, werden Erfahrungen der BGs nach wesentlichen Fragenkomplexen organisiert und diskutiert. Zur Weiterführung der Diskussion über die Perspektive der BGs fand dieses Treffen statt.

Als Essentials der weiteren Arbeitsgebiete wurden beschlossen:

die theoretischen Gesichtspunkte für eine immanente Kritik der bürgerlichen Psychologie weiterzuentwickeln und die statischen Methoden und Wissenschaftsprinzipien in Gegensatz zu neueren Ansätzen der dialektischen Sozialpsychologie zu setzen; zu klären, welche Funktion die Psychologie als Herrschaftswissenschaft im Spätkapitalismus erfüllt; zu untersuchen, wo genau die Wertbarkeit der einzelnen psychologischen Bereiche wie Klin. Psy-

chologie, Betriebspsychologie usw. liegt und welche Konsequenzen sich daraus für die im Beruf stehenden Psychologen ergeben; zu analysieren, welche Rolle die Psychologie im Klassenkampf und für die Arbeiterbewegung haben kann, was beinhaltet, daß die bestehende Psychologie nur soweit sinnvoll ist, wie sie Wissen über Mechanismen und Auswirkungen des Herrschaftssystems vermittelt; um Funktion und Verwertbarkeit der Psychologie in der BRD-Gesellschaft zu bestimmen, entsteht für die BGs die Notwendigkeit der Schulung in marxistischer politischer Ökonomie.

Kritischer Punkt der Diskussion war das Selbstverständnis der 8 BGs aus Berlin, Bochum, Bonn, Braunschweig, Gießen, Mainz, Marburg, Heidelberg.

Doch zeichnete sich ziemlich deutlich ab: die Arbeit der BGs ist eine Art gewerkschaftlicher Interessenskampf an der Hochschule, mit Zielen der kritischen Vermittlung der Wissenschaft und Agitation bes. der Studienanfänger. Doch gehen die oben genannten Essentials mit ihrem politischen Anspruch weit über diesen Ansatz hinaus, und so stand die Frage der Notwendigkeit der Organisation und Mitarbeit in der Partei des Proletariats lange im Vordergrund der Debatte. Die politische Heterogenität der Gruppen ist nicht mehr zu überbieten: Berlin (SEW, PLPI, KPD/AO), Braunschweig (Spartakus), Bochum (KPD/ML), Bonn (Spartakus), Gießen (KPD/AO und Spartakus), Mainz (KPD/ML), Marburg (Spartakus), Heidelberg (SDS). Gemeinsamer Nenner bleibt vorerst die mehr fachspezifische Erarbeitung der Probleme, die in den Essentials formuliert sind. Zur besseren Organisation des überregionalen Kontaktes, tritt man in Verbindung zum VDS. E.A.

So siebt man die Gründungsausschüsse

An den
Vorsitzenden des Gründungs-senats für die Universität Bremen
Herrn Gründungsrektor Dr. von der Vring
28 Bremen
Marcusallee 2

Sehr geehrter Herr Dr. von der Vring!
In meiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der Senatskommission für Universitätsfragen teile ich Ihnen folgendes mit:

I. Der Senat hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1970 entsprechend den Empfehlungen der Senatskommission für Universitätsfragen beschlossen, folgende vom Gründungssenat vorgeschlagene Bewerber um die Stellen der hauptamtlichen wissenschaftlichen Planer anzustellen:

1. Norbert Wiczorek
Es wird davon ausgegangen, daß die Einstellung auch in diesem Fall nach den für Planer üblichen, dem Stellenplan entsprechenden Bindungen erfolgt.
2. Dr. Martin Bennhold
3. Rotraud Brentzel
4. Helmut Vollmer
5. Wilfried Lemke

II. In folgenden Fällen hat die Senatskommission für Universitätsfragen unter Hinweis auf

§ 6 BAT die Empfehlung zur Anstellung verweigert:

1. Hanna Kröger
Gründe: die Bewerberin gehörte 1970 zum Roten Maikomitee und der Roten Zelle Ökonomie.

2. Solveig Ehrlert
Gründe: Die Bewerberin hat keine abgeschlossene Ausbildung. Sie ist Vorstandsmitglied des Republikanischen Clubs, war Redakteurin der Roten Presse Korrespondenz, ist wegen Linkstendenzen aus der SPD ausgeschlossen worden (Demonstration „politische Jugendarbeit“). Ist seit 1958 im SDS und seit Mitte der sechziger Jahre in der Außerparlamentarischen Opposition aktiv.

3. Heide Kops
Gründe: Die Bewerberin hat keine abgeschlossene Ausbildung. Sie hat in der Roten-Mai-Demonstration teilgenommen, hat sich der KP (Aufbauorganisation) angeschlossen und hat in der Berliner Basisgruppenbewegung mitgearbeitet.

III. Über die Einstellung der vorgeschlagenen Bewerber Volker Kröning und Jörg Mische wird voraussichtlich in der nächsten Senatssitzung entschieden werden.

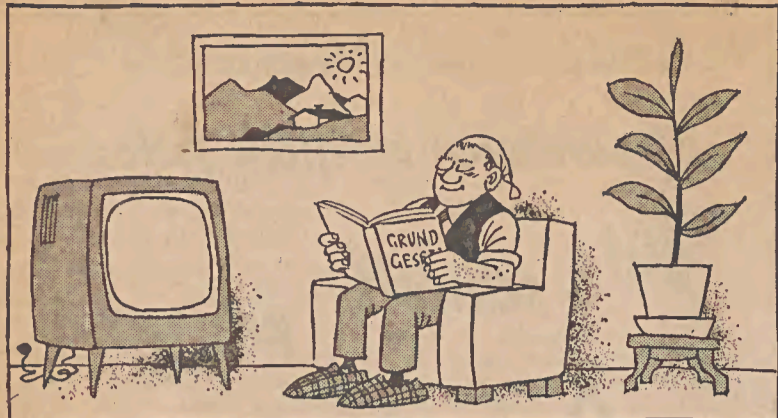
Mit vorzüglicher Hochachtung
(Speckmann)
(aus: vds Press)

Men like its flavor Women love its aroma

RUM and MAPLE
PIPE MIXTURE

2.50

Gratismuster * PLANTA * Berlin 61



Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. (Grundgesetz Artikel 38)

Studentenheime: Mieterhöhungen drohen!

Ministerialdirigent Vogtmann sprach: „Selbstverständlich müssen die Preise für die Zimmer in Studentenwohnheimen sozial vertretbar sein.“ Die Vertreter der Studentenwerke wollten es genauer wissen: „Was heißt sozial vertretbar?“ Die Antwort: großes Schweigen.

Das Kabinettsstück langgeübter Ministerialbürokratenkunst, um den heißen Brei herumzureden, präsentierten die höheren Chargen im Düsseldorf Wissenschaftsministerium, als es den Geschäftsführern der Studentenwerke in Nordrhein-Westfalen darum ging, Zusagen für die Subventionierung der Studentenwohnheime einzuholen.

Als ganz selbstverständlich stellte das Verwaltungstrio Vogtmann, Banner und Bock es hin, daß in den Studentenwohnheimen soziale Mieten erhoben werden sollten. Auf die Gretchenfrage aber, wie soll man soziale Mieten erheben, wenn die Kosten in den Studentenwohnheimen ständig steigen und das Wissenschaftsministerium auf kostendeckende Mieten besteht, kamen nur Ausflüchte.

Während man hinter vorgehaltenen Hand schon von Mieterhöhungen bis zu 140 DM sprach, wurde offiziell heftig abgestritten, daß es in absehbarer Zeit zu Mieterhöhungen in solcher Höhe kommen könne. Fest steht nach diesem Gespräch nur eins: die Mieten werden erhöht werden!

Das Wissenschaftsministerium schob den Schwarzen Peter den Studentenwerken zu und forderte zu nochmaliger Beratung in deren Arbeitsgemeinschaft auf. Da können die Geschäftsführer jetzt sitzen und sich gegenseitig „vorsingen“, daß sie von Düsseldorf einmal mehr in eleganter Art abgewimmelt worden sind.

Den in Wohnheimen wohnenden Studenten kann man nur empfehlen, sich bei den Heimverwaltungen rechtzeitig die Kostenanalysen vorlegen zu lassen und bei drohenden Mieterhöhungen entsprechende Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

Erfolg: 200 Zimmer durch Zeltaktion!

Die Kommilitonen, die vor einiger Zeit während der AstA-Aktion auf dem Husemannplatz in Zelten übernachteten, haben nicht umsonst geforen. Durch die zahlreichen Berichte in Presse, Rundfunk und Fernsehen haben sich immerhin rund 200 Bochumer Haus- und Wohnungsbesitzer entschlossen, Zimmer für Studenten zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Ergebnis kam das Studentenwerk nach einer Auswertung der Angebote, die kurz nach der AstA-Aktion in der Zimmervermittlung des Studentenwerks eingingen. Die Welle, die die Aktion geschlagen hat, sind allerdings noch nicht verebzt: Der möglicherweise größte Erfolg: die Vereinigte Baugesellschaft Bochum-Langendreer, in deren Verwaltung sich rund 4000 Wohnungen befinden, hat allen ihren Mietern die Weitervermietung an Studenten gestattet und sie ausdrücklich gebeten, Zimmer zur Verfügung zu stellen.

Kartoffelfraß - muß das sein?

soll nach einem gericht, dessen böswilliger Urheber bisher noch nicht ausfindig gemacht werden konnte, besser geworden sein. mit stolzeschwellter Brust erklärte der Küchenchef der mensa, die essen würden sich jetzt nur noch alle zwei Monate wiederholen; — kehre-seite der medaille: die (wenigen) guten essen kriegt man jetzt auch nur noch zweimal im semester.

viel wichtiger als das mensaessen sind jedoch anbot und preise in den cafeterien: da nach verlegung der ausgabe des 2-dm-essens in die große mensa nur noch eine ausgabe für das 1,30-dm-essen genutzt wird (wieso eigentlich?), nehmen es viele studentinnen und studenten nicht mehr auf sich, nach einem halbstündigen fußmarsch von GA auch noch ¼ stunde auf's essen zu warten. (wer übrigens täglich den weg von GA zur mensa hin- und zurück geht, bekommt am ende des semesters den goldenen

wanderschuh vom sauerländischen gebirgsverein.)

doch auf das anbot in den cafeterien kann man auch nicht mehr zurückgreifen. da die bedienung völlig überlastet ist, muß man genauso lange wie in der mensa warten; und das anbot ist immer noch auf „das-stück-kuchen-zwischendurch“ ausgerichtet statt auf die tatsächlich notwendige ersatzversorgung neben der mensa.

macht daher (beim asta) vorschläge, was eurer meinung nach in das sortiment der cafeterien aufgenommen werden soll; wir werden versuchen, die wünsche durchzusetzen.

hierbei kann man sich allerdings auch verhalten: auf unseren wunsch hin wird im mensarestaurant auch rotwein ausgeschenkt. — was wir uns dabei allerdings nicht wünschen: 0,2 liter rotwein kosten das akafö im einkauf 0,30 dm — verkauft wird der wein allerdings (wie lange noch!!) für 1 dm.

Projektbereich Technologie aufbauen!

Am Mittwoch, dem 2. 12. wurde der PB Technologie des AstA gegründet. Er wird sich von nun an regelmäßig mittwochs, 16 Uhr, im Fachschaftsraum der Physik in NB treffen.

Notwendigerweise konnte auf der 1. Sitzung noch nicht die Erarbeitung eines umfassenden perspektivischen Arbeitsplanes erfolgen. Einig war man sich allerdings in den grundsätzlichen Problemen, die mit der Arbeit im PB angepackt werden sollen.

Dabei geht es zunächst einmal um eine möglichst praxisbezogene Aktivierung von Naturwissenschaftlern, ihre spätere Stellung im Produktionsprozess zu reflektieren („Berufsperspektiven“), insbesondere unter Berücksichtigung der Einführung von Kurzstudiengängen, Studienjahr usw., um die Hintergründe und Auswirkungen der Hochschulreform im Sinne des Kapitalismus zu analysieren und Gegenmaßnahmen zu diskutieren und einzuleiten. Dabei geht es vor allem um die Zusammenhänge von Wissenschaft und Wirtschaft zu durchschauen. Praxisbezogen soll hier bedeuten, daß es nicht darum geht, wieder ein neues Analysegruppen einmal mehr ohne Verbindung mit der Masse der Studenten zu schaffen, sondern daß aus der Arbeit im Projektbereich konkrete Maßnahmen fließen sollen gegen die weitere Hochschulreform. Schwerpunkt hierzu soll die möglichst abteilungs-spezifische Vorbereitung einer Antiformierungsversammlung und Demonstration des AstA Anfang nächsten Jahres sein.

Daher wurde auf der 1. Sitzung des Projektbereichs bereits die Erstellung eines ausführlichen Infos diskutiert, das eine Analyse des Hochschulgesetzes und seine Auswirkungen auf die Naturwissenschaften, eine Analyse des Einflusses der Monopole auf Forschung und Lehre an der Universität und Vorschläge zu einer entgegenwirkenden demokratischen Politik von seiten der Studenten enthalten soll.

Klar ist, daß auch dieser Projektbereich seiner Intention entsprechend erst dann wirkungsvoll arbeiten kann, wenn möglichst viele Kommilitoninnen und Kommilitonen mitmachen.

Ständiger Treff: mittwochs, 16 Uhr, NB 2.

Der Augen Wille:

die Heinen-Brille

Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Klatsch-Quatsch-Tratsch

die leuchtanzeige in den aufzügen der rub funktioniert mal, mal aber auch nicht. für letzteren fall sandte uns die rotzheol folgenden vorschlag: die zeit, die der aufzug braucht um ein stockwerk zu überwinden reicht genau aus, um ein halbes gegrüßet seist du maria zu beten. für ein vaterunser benötigt der aufzug vier stockwerke. wenn man also von 03 nach 4 fahren will, so bete man einfach ein vaterunser und ein gegrüßet seist du, und dann ist man bombensicher in 4 angelangt. um die mitfahrer nicht im ungewissen über die gerade passierten stockwerke zu belassen, sollte man laut beten.

WIR SUCHEN NOCH EINIGE STUDENTINNEN UND STUDENTEN FÜR UNSER NIKOLAUS-KOLLEKTIV, DAS AM NIKOLAUSTAG UNSEREN PROFS MAL KRÄFTIG DEREN SÜNDEN AUS DEM DICKEN ROTEN BUCH VORLESSEN WILL. INSBESONDERE FEHLT NOCH EIN KRÄFTIGER KNECHT RUPPRECHT.

der mensadirektor weiß keine neuen worte für irrikadellen mehr (wie zb schweinebrisoletten, schwyzer steaks, wiener hackbraten, deutsches beefsteak usw). wer vielleicht ein paar worte dieser art weiß, teilt sie bitte — aber leise — dem asta-sekretariat mit.

angeblich hat sich letzte woche eine rote zelle der professoren-schaft gebildet (ROTZPROF). wer weiß näheres? der asta nimmt vertrauliche hinweise neugierig entgegen.

wer ist dagegen, daß für den tramperbahnhof bahnsteigkarten eingeführt werden? bitte unter angaben von gründen beim asta vorseprechen.

möchtegern-reaktor marcus lutter (der zum ausgleich nur dekan der abteilung 6 wurde) zahlt dem parkplatzwärter vor ihm monatlich 100 dm, damit er wenigstens sein fiat-coupe auf den privatparkplatz des rektors stellen kann.

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager

Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (R. Zimmermann-Eisel, H. Molderings, Robert Farle, M. Holzsch, F. Blecher)
Redaktion: Heinrich Jost, Reiner Bender, Peter Schötter.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Auflage: 8000 Exemplare
Anzeigenleitung: Erich Eisel
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

BSZ - in eigener Sache

Wir haben in der ersten Nummer bereits darauf hingewiesen, daß zu einer sinnvollen Arbeit der Redaktion die Mitarbeit aller interessierten Studenten notwendig ist.

Es soll nicht der Eindruck entstehen, als seien zu den Interessierten nur solche zu zählen, die aktiv an der studentischen Politik beteiligt sind, sei es in Fachschaften, Projektbereichen, politischen Studentengruppen etc. Zur Mitarbeit



ist vielmehr jeder aufgerufen, der am Fortbestehen studentischer Politik, sinnvoller theoretischer Grundlegung der Inhalte und Praxis interessiert ist.

Daher fordern wir noch einmal alle auf, Informationen, Meinungen und Kritik entweder an die Redak-

tion weiterzuleiten oder aber selber zu verfassen und sie uns zum Druck als Artikel oder Leserbrief zur Verfügung zu stellen.

Notizen und Skripte sind dann abzugeben entweder bei der Redaktion selber oder aber bei den Sekretarinnen zur Weitergabe an uns.

Vertrieb der BSZ
Oft wird uns die Frage nach dem Verkauf und Vertrieb der BSZ gestellt, manchmal erscheint jemand hier in der Redaktion und holt sich ein Exemplar selbst ab. So gern wir natürlich solche Mühe zur Kenntnis nehmen und entsprechende Wünsche erfüllen, sei hier aber doch gesagt, daß die BSZ ab sofort bequemer zu erlangen sein wird.

In der letzten Woche sind Verkaufskästen aufgestellt worden, in die künftig einen Tag nach Erscheinen der neuen Nummern diese ausgelegt werden und gegen den jeweils geltenden Preis erworben werden können.

- Die Verkaufskästen sind an folgenden Stellen aufgestellt:
- GA Eingang
 - MA Nähe Eingang
 - IA Eingang
 - IB Eingang, Cafeteria
 - IC ICI
 - NA Eingang, Cafeteria
 - HNA Vor Hörsaal 600
 - NB Eingang

„Die Schallplatte“
Bochum
Hans-Böckler-Straße 21
Großes Angebot an Pop- und Jazz-Platten
viele Sonderangebote
große Importabteilung

Was schenken?
geh zu
Karin's Boutique
Bochum, Kortumstraße 98
1000 Kinkerlitzchen
warten auf Euch!

SKI
noch nie
so preiswert
jetzt zugreifen

Sporthaus KOCH
BOCHUM · MEINERZHAGEN

Bochum
Am Rathaus

Einladung zum **kostenlosen Proberauchen!**

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

Eine gefährliche Fahrt!

— eine Kriminalgeschichte (lang) —

kaum daß die schleier der morgen-nebel zu zerreißen begannen, ertönte im hafen von london das lautstarke horn eines überseedampfers, der im begriffe war, die reise über den atlantik anzutreten. motorship davenport war der name des schiffes, das inklusive besatzung durchaus in der lage war, vierhundert menschen zu befördern. man schrieb das jahr 1973 und die uhrzeit war 5.38 me.

an und für sich war nichts besonderes festzustellen an diesem schiff, das geraume zeit später mit völdampf die themsemündung verließ, um nach mehreren tagen fahrt im hafen von new york anzulegen, von feuerwehrbooten begrüßt. in der kabine nr. 234 hatte sich aber miss janet ruskin zum schlafen niedergelegt, nachdem sie eine schwarze aktenmappe, deren inhalt durch ein zahlenkombinationsschloß neugierigen blicken unzugänglich gemacht worden war, unter ihr kopfkissen gelegt hatte.

dieses verhalten der gerade 22-jährigen dame erscheint zwar merkwürdig, man wird es aller-

dings verstehen, wenn man, wie es nunmehr geschehen soll, in das geheimnis der schwarzen aktenmappe eingeweiht wird: in ihr befanden sich nämlich dokumente, genauer pläne, zum bau einer gigantischen bombe, die ein land von der größe der sowjetunion mit einem schlag vollständig auslöschen konnte.

diese pläne waren von einem englischen wissenschaftler-team ausgearbeitet worden und sollten nun nach amerika gebracht werden, wo man mit dem bau der bombe sofort beginnen wollte.

die gegenseite hatte natürlich wind von den plänen bekommen und würde sicherlich nichts unversucht lassen, sich diese wahrhaft gefährlichen pläne anzueignen. deshalb hatte man sie auch der arglosen collegestudentin mitgegeben, mit dem hinweis, es handle sich bei dem inhalt der mappe um originalhandschriften von william shakespeare, deren echtheit jedoch nur in den labors der new york university exakt festgestellt werden könne. da miss ruskin schon so lange sie denken konnte, shake-

peare geliebt hatte und dafür nicht nur in ihrem engen bekanntenkreise, sondern auch beim englischen geheimdienst bekannt war, hatte man ihr diese tasche anvertraut in der gewißheit, daß die bombenpläne, auf denen miss ruskin ihren blonden kopf zur ruhe gebettet hatte, sicher an ihr ziel gelangten.

nicht jeder passagier an bord dieses schiffes allerdings hatte einen so ruhigen schlaf wie miss ruskin. der etwas zwielichtige gentleman bill jones war auf's achterdeck hinausgegangen, sah der sonne beim aufgehen über dem von weißen schaumkronen verzierten wasser zu und malte sich aus, daß er nach ende dieser schiffsreise ein reicher mann sei.

bill jones hegte die irrige vermutung, daß stücke der kronjuwelen nach amerika zur reparatur gebracht würden, und zwar ganz unauffällig durch die 22-jährige studentin janet ruskin. schon ganz schön spannend, was? aber in der nächsten nummer wird's noch viel spannender.
Schön spannend — was?
Forts. folgt — vielleicht!!! NeBl

Zurückstellung vom Wehrdienst

JOIN THE ARMY LEARN A TRADE

BUTCHERING

Wehrpflichtige Studenten, die sich jetzt im 3. Studiensemester befinden, müssen bis zum 31. 12. 70 einen Zurückstellungsantrag beim zuständigen Kreiswehersatzamt stellen, wenn sie nicht mitten aus dem Studium heraus einberufen werden wollen.

Nach dem Wehrpflichtgesetz kann man auf Antrag zurückgestellt werden, wenn eine Einberufung einen bereits weitgehend geförderten Ausbildungsabschnitt unterbrechen würde. Weitgehend gefördert ist ein Universitätsstudium mit vollendetem 2. Semester (BMV-Erlaß).

Ein Zurückstellungsantrag kann nur drei Monate nach Eintritt des Grundes gestellt werden. Wer diesen Termin 31. 12. 1970 verpaßt, muß damit rechnen, aus höherem Semester noch zum Wehrdienst herangezogen zu werden.